# Atomkraft: Längere Laufzeiten helfen nur den Betreibern

**Jedes Jahr ist es dasselbe Theater: Im nachrichtenarmen Sommerloch füllt die Debatte um Atomkraft die Lücken. CDU/CSU und die großen Vier im Strommarkt (EnBW, Eon, REW und Vattenfall) verkünden: „Atomkraftwerke (AKW) senken die Strompreise". Oder: „Es droht eine Stromlücke – das lässt sich nur durch längere Laufzeiten vermeiden". Ist Atomkraft die eierlegende Wollmilchsau der Energiepolitik? Die Antwort lautet: Ja. Aber das gilt nur für die Interessen der AKW-Betreiber. Alle anderen zahlen drauf.**

Wir haben dazu einige Zusammenhänge aufgearbeitet, die das belegen:

Der Preis für Strom wird durch das jeweils teuerste Kraftwerk bestimmt, das benötigt wird, um die Stromnachfrage zu decken. Kraftwerke erhalten alle diesen einheitlichen Preis – auch wenn die Stromerzeugung deutlich kostengünstiger ist. Und das nützt vor allem der Atomkraft. Denn Atomkraftwerke in Deutschland sind überwiegend steuerlich abgeschrieben. Betriebskosten fallen also im Wesentlichen nur für Brennstoff und Personal an. Damit liegen die Kosten für die Stromerzeugung in aller Regel unter den Kosten anderer Kraftwerke. Fazit: Die AKW-Betreiber fahren hohe Gewinne ein. Und je länger die Reaktoren laufen, desto größer werden diese Extragewinne.

Das Freiburger Öko-Institut hat berechnet, dass längere Laufzeiten pro Reaktor zu Zusatzerlösen zwischen 300 und 400 Millionen Euro im Jahr führen. Insgesamt ergeben sich für alle AKW Mehreinnahmen in der Größenordnung von bis zu 5,9 Milliarden Euro. Die Energiekon-zerne sind allesamt gewinnorientierte Aktiengesellschaften. Freiwilliger Verzicht auf Gewinne ist im Aktienrecht nicht vorgesehen. Wer soll also glauben, dass die Stromversorger auf Mehreinnahmen in dieser Größenordnung verzichten?

Immerhin soll ein Teil dieser Einnahmen im Bereich Erneuerbarer Energien investiert oder zur Senkung der Energiepreise einsetzt werden. Für die Vergütung von Strom aus Erneuerbaren Energien gibt es aber das Erneuerbare-Energie-Gesetz (EEG). Warum sollten die Stromverbraucher ein zweites Mal dafür zahlen, dass die AKW-Betreiber zu Lasten ihrer Wettbewerber ihren Erneuerbaren Anlagenpark ausbauen können?

Selbst wenn die AKW-Betreiber die Hälfte der Zusatzgewinne zur Preissenkung einsetzten, ergäben sich pro Haushalt und Monat ca. 50 Cent an Kostensenkung. Dabei führt schon der Austausch nur einer 60-Watt-Glühbirne durch eine 11-Watt-Energiesparlampe bereits zu einer Ersparnis von 60 bis 90 Cent.

Längere Laufzeiten schaden überdies auch dem Wettbewerb im Strommarkt: Günstigere Erzeugungskosten für AKW-Betreiber bedeuten Nachteile für neue (teurere) Kraftwerke. Neue Stromanbieter hätten damit Wettbewerbsnachteile gegenüber den großen Vier im Strommarkt. Und wenn dann auch noch mit AKW-Erlösen Anlagen im Bereich Erneuerbarer Energien entstehen, gibt es mittelfristig sogar weniger statt mehr Wettbewerb.

Der Weiterbetrieb ist auch wegen der betrieblichen Rückstellungen für den späteren Abriss und die Endlagerung wichtig. Dazu haben die AKW-Betreiber offiziell 26 Milliarden Euro an Reserven angelegt. Natürlich haben EON und Co. ein starkes Interesse daran, diese Mittel noch möglichst lange für eigene Zwecke nutzen zu können. Das funktioniert jedoch nur, wenn die Reaktoren länger laufen. Je länger die Reaktoren aber laufen, umso mehr Atommüll fällt an. Dabei ist die Endlagerung radioaktiver Abfälle weltweit nach wie vor nicht gelöst.

# UMWELT / BILDUNG

Bei alledem dürfen wir nicht vergessen: Die technischen Risiken wachsen mit längeren Laufzeiten an. Dabei waren die nur rechnerisch 32 Jahre Laufzeit im Atomkonsens bereits ein Zugeständnis an die Betreiber und an den existenten Kraftwerkspark. Aber passen ansteigende Risiken durch längeren AKW-Betrieb nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 noch in die politische Landschaft?

Die Energiewirtschaft steht vielmehr in der Pflicht: Mit Vereinbarung des Atomkonsens war klar, dass es erheblichen Erneuerungsbedarf im Kraftwerkspark gibt. Statt in klimagerechte Neuanlagen und Techniken zum Stromsparen haben die AKW-Betreiber Energie in die Bekämpfung des Atomkonsenses gesteckt. Wieder einmal hält eine Branche ihre Zusagen in der Umweltpolitik nicht ein. Warum sollte jemand glauben, dass diese Branche nach Verlängerung der Laufzeiten mehr Vertragstreue zeigt?

Wir wollen statt dessen vorrangig mit Erneuerbaren Energien, Effizienzsteigerung und Energieeinsparung den Stromsektor umstellen. Die verbleibenden Lücken sollen klimafreundliche fossile Kraftwerke schließen. Atomkraft hat in einer zukunftsfähigen Energiestrategie dagegen keinen Platz.

# Mehr Aufstiegschancen durch Weiterbildung

**Die Koalition wird im Herbst das sogenannte Meister-BAföG weiter entwickeln. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu Eckpunkte beschlossen. Ziel ist es, mehr Menschen bessere Aufstiegschancen durch Weiterbildung zu eröffnen.**

Das sogenannte Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (Meister-BAföG) steht wie kaum ein anderes Gesetz für den sozialdemokratischen Ansatz, Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Daher wollen wir die Attraktivität und Wirksamkeit des Meister-BAföGs deutlich erhöhen und die Zahl der Geförderten bereits mittelfristig um mindestens 50 Prozent steigern.

**Sicherung der Fachkräftebasis**

Das Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion sieht vor, die förderfähigen Fortbildungen zu erweitern (Altenpflege, Erzieherinnen und Erzieher), Förderleistungen zu verbessern und Förderlücken zu schließen (u.a. Erhöhung des Zuschussanteils für den Unterhalt, Einbeziehung der Prüfungsphase in die Unterhaltsförderung), die Familienförderung auszubauen (Erhöhung des Kinderzuschlags beim Unterhaltsbeitrag) sowie die Förderung von Migrantinnen und Migranten auszuweiten. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung wird den Bundestag im Herbst erreichen. Ziel ist es, dass die geplanten Neuregelungen 2009 in Kraft treten können.

Die geplante Reform des Meister-BAföG ist Teil eines umfassenden Konzepts der SPD zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland. Gute und gleiche Aufstiegs- und Teilhabechancen aller Menschen und die langfristige Absicherung der Grundlagen unseres Wohlstandes sind zwei Seiten einer Medaille.